

Die volkseigenen Akten – materielle und diskursive ›Spuren‹ staatlicher Archive der DDR

Auf der Vorderseite zahlreicher Akten im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin-Dahlem oder in Abteilungen des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde finden sich dicke schwarze Streichungen. Mit einiger Anstrengung kann man unter ihnen noch frühere Aktenbezeichnungen erkennen: »Sudetenland kehrt heim« oder »Beginn des Rußlandfeldzuges«. Nach Streichung dieser Titel wurden die Akten mit neuen Bezeichnungen versehen: »Okkupation der ČSR« und »Überfall auf die Sowjetunion«.¹

Diese Aktendeckel und die ihnen entsprechenden Korrekturinträge in Findbüchern gehören zur *material culture* der Geschichte (staatlicher) Archive in der DDR. Sie sind das Ergebnis – die ›Spuren‹ – der Tätigkeit von Archivaren in Merseburg und Potsdam während der 1970er Jahre. Historikerinnen und Historiker nehmen in der Regel solche ›Spuren‹ – wenn überhaupt – nur am Rande zur Kenntnis. Sie interessiert die Nummer und der Inhalt von Akten – weniger der Titel; dieser wird später in Fußnoten und Quellenverzeichnissen ohnehin meist weggelassen.

Befasst man sich mit der Archivkultur der DDR, mit der ostdeutschen Geschichtspolitik, dann avancieren solche scheinbar randständigen ›Spuren‹ selbst zum Gegenstand historischer Analyse.² Sie werden im Sinne der Historiker Gustaaf Renier und Carlo Ginzburg zu zentralen materiellen ›Überresten‹ und ›Indizien‹ der Vergangenheit.³ Denn solche materiellen ›Spuren‹ versprechen Paradebeispiele für die Tiefe der Geschichtspolitik der SED zu sein,⁴ die sogar bis in Umgestaltungen der Archive reichte. Sie scheinen als sicht- und fassbare Materie – wie Vertreterinnen und Vertreter der *Material Culture Studies* seit mehr als zwanzig Jahren betonen – aufschlussreicher zu sein als die Inhalte oftmals allzu redundanter und floskelhafter sprachlicher Quellen.⁵

In Anschluss an diese und in Abgrenzung von dieser Annahme sollen die materiellen ›Spuren‹ der Akten aus den ehemaligen Archiven der DDR zum Anlass genommen werden, die heuristischen Probleme aufzuzeigen, die auftreten, wenn Historikerinnen und Historiker sich mit Archiven selbst befassen und anhand der Quellen über solche Archive nach Geschichtspolitik, -konstruktionen und möglicherweise auch Geschichtsklitterungen fragen. Inwiefern und auf welcher empirischen Grundlage können ›Archive‹ im weitesten Sinne – also auch Bibliotheken, Museen oder Privatsammlungen – überhaupt erforscht werden?⁶

Bei dem hier gewählten Fallbeispiel der staatlichen Archive der DDR scheinen solche Probleme zunächst nicht gegeben. Vieles scheint überdeutlich auf gezielte politische und ideologische Eingriffe der SED hinzuweisen. Denn neben den eingangs beschriebenen materiellen ›Spuren‹ finden sich auch zahlreiche entsprechende Verordnungen und Erläuterungen.

Beispielsweise ist Anfang der 1970er Jahre in der 1950 gegründeten ostdeutschen Zeitschrift für Archivwesen, den *Archivmitteilungen*, zu lesen: Die leitenden Archivare der DDR hätten sich einvernehmlich entschieden, die zahlreichen »diskriminierenden Bezeichnungen« der Akten in ihren Archiven und die von »Völkerhaß und Verhetzung strotzenden Aussagen« in Findbüchern zu tilgen und durch Bezeichnungen zu ersetzen, die der »Friedenspolitik [...] im Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus« dienen würden.⁷

Führende Archivtheoretiker der DDR wie etwa Botho Brachmann kritisierten außerdem an neu angelegten Findbüchern des Bundesarchivs die »Konservierung faschistischen Gedankenguts«.⁸ Denn in diesen Findbüchern würden den »Völkerhaß schürende, historisch entstellende Titel unbesehen übernommen«.⁹ Es entspreche der »positivistischen Einstellung bürgerlicher Archivare«, anzunehmen, dass auch Aktentitel einen »Quellenwert« besäßen und deren Änderung daher nicht zulässig wäre, weil dies Hinweise auf die Inhalte der Akten oder verwandter Unterlagen vernichten könnte.¹⁰ Tatsächlich aber stützten »Archivare der BRD« mit dieser Anerkennung imperialistischer Sprache »die Position der Ausbeuterklassen«, was die »Klassenbedingtheit der Verzeichnung von Archivgut in staatlichen Archiven der BRD um so deutlicher« mache.¹¹

Vermitteln solche Formulierungen neben den eingangs genannten materiellen ›Spuren‹ auch allzu deutlich, dass theoretische Konzepte des »Klassenkampfes« in staatlichen Archiven der DDR – zumindest bei der Umbenennung historischer Akten – in die Praxis umgesetzt wurden, sollte man freilich nicht von vornherein von einer unmittelbaren Umsetzung von theoretischen Ausführungen und Anweisungen in Praktiken ausgehen. Was für Behördenprosa im Allgemeinen gilt, das gilt im Besonderen für die DDR. Wie in den letzten Jahren mehrfach betont wurde, unterlagen Bürokraten in der stark hierarchisierten Gesellschaft der DDR einem

besonderen Druck und Zwang, sich mit der Formulierung von Handlungsansprüchen gegenseitig zu überbieten.¹² Man sollte bei der Analyse von Behördentexten der DDR berücksichtigen, dass hier Entwickeltes keineswegs in Praxis münden musste.

Allerdings – und dies ist eine Ausgangsthese dieses Aufsatzes – wird im Fall der DDR besonders deutlich, welche heuristischen Schwierigkeiten für die historische Analyse von ›Archiven‹ gelten.

›Archive‹ machen Geschichte?

›Archive‹ stehen (bislang) nicht gerade im Zentrum der Interessen von Historikerinnen und Historikern – insofern sie nicht selbst als hauptamtliche Archivare arbeiten.¹³ Ausnahmen sind vor allem seit den 1980er Jahren unter Ethno- und Kolonialhistorikern geführte Debatten über die imperiale und machtvolle Konsistenz und Funktion von Kolonialarchiven.¹⁴ Im Allgemeinen scheint innerhalb der Disziplin nach wie vor zu gelten: Die Praktiken der Aufbewahrung und Verwaltung von Akten, Büchern oder gepressten Pflanzen sind umgeben von der Aura des Verstaubten; sie werden oft als Spezialgebiete und Arkansphären angesehen – Klischees, die Archivare gerne mit der Behauptung stützten, sie hätten die Geschichte der Archive bereits restlos erforscht.¹⁵

Auch gilt es manchen als unmöglich, die empirischen Grundlagen der eigenen Wissenschaft in ihrem Konstruktionscharakter zu untersuchen.¹⁶ Hier bleibe nur die Konstruktionen der ›Archive‹ nachzuvollziehen, denn sie seien die Voraussetzung, dass so etwas wie Geschichte überhaupt stattfinden könne.¹⁷ In der Tat sind in Archiven verwahrte Akten und Urkunden nach wie vor regelrecht Symbole historiographischer Evidenzstiftung. Und wenn sich auch seit den Tagen Leopold von Ranke für zahlreiche Historikerinnen und Historiker vieles im Umgang mit Akten als Quellen, ob sie nun als Beweise, Belege und Referenzen zitiert werden, geändert hat,¹⁸ ist die Authentizität verheißende Aura des historischen Dokuments nach wie vor nicht ganz verschwunden. Der Stellenwert von historischen Materialien und Archiven ist in der »Fabrikation [historischer] Erkenntnis«¹⁹ nach wie vor zentral.²⁰

Andererseits – und dies ist vor allem auf die oben angesprochenen Studien zur Kolonialgeschichte zurückzuführen – herrscht mehr und mehr Einigkeit darüber, dass ›Archive‹ und Archive keineswegs unpolitisch sind, dass sie keinen objektiven, unvoreingenommenen Blick in die Vergangenheit ermöglichen. Immer häufiger wird betont, dass hinter jedem ›Archiv‹ Deutungshoheiten, Absichten, Kräfte und Macht stehen.²¹ Kaum jemand würde der an Jacques Derrida angelehnten Sichtweise widersprechen, dass ›Archive‹ institutionellen Praktiken unterliegen,

die mit (bisweilen selbst) verliehener Autorität Grenzen ziehen zwischen dem, was aufbewahrenswert oder zu vernichten, was öffentlich oder geheim ist.²² Eben solche Zustimmung dürfte eine Sichtweise à la Michel Foucault erfahren, dass in den institutionellen Ordnungen der ›Archive‹ die Machtabsichten derer durchscheinen, die Gewalt über diese Ordnungen haben.²³ Auch der praktische Umgang mit (Akten-) Archiven – das Sammeln der Belege, Verweise und Fundstellen – ist zunehmend mit der Erforschung der Sichtweisen verbunden, welche die Grenzen des Sagbaren – und Überlieferungswürdigen – in der Vergangenheit gezogen haben.²⁴

Auch erfahren Historikerinnen und Historiker die Macht der Archive und der Archivare oft ganz unmittelbar in der Praxis: Sie ahnen, vermuten und sehen, wie historische Unterlagen von Amts wegen aussortiert, vernichtet oder gesperrt werden; sie haben sich als Benutzer dem Hausrecht der Archivare zu unterstellen; sie danken in Vorworten und Fußnoten für geleistete Dienste – in vorausschauender Gewissheit der unweigerlichen statischen Machtverhältnisse bei künftigen Archivbesuchen; sie haben Belegexemplare einzureichen und auf die spitze Feder archivischer Kritik zu warten.

Das Verhältnis von Historikerinnen und Historikern zu Archiven hat somit *summa summarum* durchaus gute Gründe angespannt zu sein. Das macht Forschungen zu Archiven von außerhalb der Archive nicht gerade schmackhafter. Willkommen ist da die Frage: Was soll eigentlich das Gerede über ›Archive‹? Ist die Auseinandersetzung mit Akten, Urkunden, Zettelkästen und den Orten ihrer Aufbewahrung nicht doch ein Teil der Hilfswissenschaften, jener seit dem 18. Jahrhundert bestehenden historischen Subdisziplinen,²⁵ deren Relevanz als eigenständige Forschungsgegenstände erst einmal zur Disposition steht?

Neuere kulturwissenschaftliche Arbeiten von Wolfgang Ernst, Anke te Heesen, Markus Krajewski und Cornelia Vismann haben – trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze – zeigen können, wie aufschlussreich es sein kann, wenn im Sinne einer ›Medienarchäologie‹ von Archiven (Ernst), Zettelkästen (Krajewski, te Heesen) und Akten (Vismann)²⁶ Intentionen, Strategien, Macht oder Deutungshoheiten kondensierende Praktiken der Selektion, Anordnung und Aufbewahrung unter die Lupe genommen werden.²⁷

Es liegt auf der Hand, wie wünschenswert historische Untersuchungen sind, die ›Archive‹ in ihrer Verflechtung mit politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Deutungshoheiten und Machtansprüchen thematisieren. Ein Ansatzpunkt können historische Umbrüche und Zäsuren sein, die Aufschlüsse über Veränderungen und Neubestimmungen versprechen. Eine solche Zäsur stellte für die deutschen Archive das Ende des Zweiten Weltkrieges dar.

Der Mythos der Stunde Null: Die Rettung der Akten

In den Jahren nach 1945 ging es zunächst darum, Akten und Urkunden deutscher Archive vor Verlust und Vernichtung zu schützen – zumindest wenn man man einer Reihe in Ost- und Westdeutschland während der 1970er Jahre von Archivaren publizierter Artikel glaubt. Hier ist – ganz im Sinne des Mythos' der Stunde Null²⁸ – von der heldenhaften Rettung verloren geglaubter Akten die Rede. Beispielsweise führt der spätere Präsident des Bundesarchivs Friedrich P. Kahlenberg aus, wie deutsche Archivare im Frühjahr 1945 mit Rucksäcken das zerbombte Berlin durchstreift und die »an manchen Orten buchstäblich auf der Straße liegenden Akten« gerettet hätten.²⁹ In den ostdeutschen *Archivmitteilungen* ist wiederum zu lesen, dass es vor allem die »sowjetischen Freunde« gewesen seien, die deutsche Archivalien im und nach dem Zweiten Weltkrieg als »wertvolles Kulturgut sichergestellt« hätten.³⁰ Wie dem auch sei, diese unterschiedlichen Geschichten vermitteln, dass es in den Jahren nach 1945 zahlreiche Bemühungen gab, Akten und Urkunden deutscher Archive gegen Verlust, Vernichtung oder Schädigungen zu schützen. Das wiederum lässt auf deren wie auch immer geartete Bedeutung in einer Zeit schließen, in der es für viele Menschen lebensnotwendigere Aufgaben gab als historische Materialien zu sichern.

Für konkrete tagespolitische alliierte Interessen an deutschen Akten sprechen eine Reihe von Verordnungen: Im September 1945 proklamierte der Alliierte Kontrollrat, dass der Zugang zu allen gewünschten Dokumenten für die Siegermächte gewährleistet werden müsse, und zwar zum »Zwecke der Durchführung der Erklärung über die Niederlage Deutschlands«. ³¹ Hintergrund dessen waren vor allem Ermittlungen im Vorfeld der Kriegsverbrecherprozesse. So wurden auf der Grundlage dieser Verordnung zahlreiche NS-Akten – vor allem durch den sowjetischen und amerikanischen Bevollmächtigten des Kontrollrats – beschlagnahmt. ³²

Im Osten Deutschlands blieb es nicht bei der Beschlagnahme von Akten. Bereits im Mai 1946 initiierte die Kommandantur der Roten Armee in Berlin eine tief greifende Umgestaltung des Archivwesens der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ): Sie erließ einen Militärbefehl zur Bildung eines Zentralarchivs in Potsdam, das Akten der jüngsten und älteren Vergangenheit zusammenfassen sollte. Unterlagen aus den Reichsbehörden auf dem Boden der SBZ, dem einstigen Reichsarchiv, dem preußischen Geheimen Staatsarchiv und dem Brandenburg-Preußischen Hausarchiv waren hiervon betroffen. Das Zentralarchiv – so wurde weiter befohlen – sollte außerdem grundsätzliche Antworten auf Probleme der Aufbewahrung, Kassation und Edition von Akten und Urkunden in Zusammenarbeit mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung erarbeiten. Jene Zentralisierung des Archivwesens wurde im Juli 1949 durch die Bildung der Zentralstelle für Archivwesen bei der Zentralverwaltung des Inneren der SBZ weitergeführt, aus der im Oktober des gleichen Jahres die Haupt-

abteilung Archivwesen des Innenministeriums der DDR hervorging.³³ Noch 1949 wurde das Potsdamer Zentralarchiv in Deutsches Zentralarchiv umbenannt und dem Innenministerium der DDR unmittelbar unterstellt. Bevor am 1. August 1952 per Dekret der Föderalismus in der DDR offiziell abgeschafft und der zentralistische Einheitsstaat proklamiert wurde, gab es mit der Hauptabteilung des Archivwesens im Ost-Berliner Innenministerium eine zentralistische Verwaltungsstruktur, aus der zahlreiche Verordnungen, Gesetze und Veröffentlichungen zum sozialistischen Archivwesen der DDR hervorgingen.

Akten »unter dem Schutz des sozialistischen Staates«: Verordnungen zum Archivwesen der DDR

Solche institutionelle Weisungen in den Blick zu nehmen, bietet sich wohl grundsätzlich als ein erster Schritt an, fragt man nach staatlichen Initiativen im Zusammenhang mit Archiven. Ein knappes halbes Jahr nach der Einrichtung der Hauptabteilung Archivwesen im Juli 1950 erließ das Zentralkomitee der SED mit Verweis auf Beratungen mit Kadern der Hauptabteilung ein generelles Dokumentenvernichtungsverbot für Behörden oder Institutionen von öffentlichem Interesse: »Schriftstücke aller Art« – ob nun aus der »sozialistischen oder vorsozialistischen Periode« – dürften, auch wenn sie »wertlos« erschienen, ausnahmslos nur nach vorheriger Prüfung und Zustimmung durch die Hauptabteilung Archivwesen vernichtet werden. Nicht mehr laufenden Vorgängen zuzurechnende Materialien waren außerdem unverzüglich an das Deutsche Zentralarchiv abzuliefern.³⁴ Es scheint, als hätten es die Kader der Hauptabteilung rasch vermocht, ihre Position und Stellung durch die Übernahme von solchen grundlegenden und umfangreichen Aufgaben wie der Prüfung sämtlicher zu Ablieferung beziehungsweise Vernichtung anstehender Unterlagen von Behörden abzusichern.

Die »sozialistische Revolution« – so ist in einer Verordnung ein paar Tage später zu lesen – solle auch im Ausbau des Archivwesens der DDR vorangetrieben werden.³⁵ Als wissenschaftliche Institution trat neben die Hauptabteilung das 1950 gegründete Institut für Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dieses Institut war auch für die *Archivmitteilungen* und für wissenschaftliche Beratung der *Archivschule Franz Mehring* in Potsdam zuständig. Die Mitarbeiter des Instituts für Archivwissenschaften fungierten überdies als Beirat – wenn nicht auch als Autoren – für sämtliche in der DDR autorisierten Standardwerke zu Archiven, wie die *Theoretischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft* von 1969,³⁶ dem *Lexikon zum Archivwesen der DDR*, das 1976 von der Hauptabteilung veröffentlicht wurde,³⁷ und Botho Brachmanns *Theorie und Praxis des Archivwesens* von 1984.³⁸

Gemeinsames Merkmal all dieser institutionellen Verordnungen und theoretischen Veröffentlichungen ist der explizite Bezug auf die Vorbildhaftigkeit des marxistisch-leninistischen Archivwesens der UdSSR. Besonders deutlich wird dies in der 1963 durch das Innenministerium der DDR initiierten Publikation *Grundlagen der Arbeit der staatlichen Archive in der UdSSR*, die sich auf Lenins Archivdekret vom 1. Juni 1918 bezog. Für die DDR sollte vor allem das Kernstück jenes Dekrets gelten: die zentrale Kontrolle aller Aktivitäten in Archiven.³⁹

Wie diese weiter auszubauen war, regelte 1965 eine Verordnung, in der einzelne Anordnungen, Verwaltungsvorschriften und Gesetze zu Archiven zusammengefasst wurden: Hier wurde der Abschluss der bereits 1949/50 begonnenen Bildung eines staatlichen Archivfonds nach sowjetischem Vorbild verkündet, der die »rechtliche Form« aller derzeitig und künftig in staatlichen Archiven gelagerten Unterlagen repräsentieren sollte.⁴⁰ Sämtliche Akten oder Urkunden im Archivfond seien in allen »Teilen unveräußerlich« und würden den »besonderen Schutz des sozialistischen Staates« genießen.⁴¹ Mit anderen Worten wurden alle Bestände in Archiven der DDR verstaatlicht, was auch die bislang als Deposita verwalteten Unterlagen wie Adelsnachsätze betraf. Allein Kirchenarchive blieben weiterhin selbständig.

Wurden in Verordnungen und Abhandlungen zum sozialistischen Archivwesen die Verhältnisse der UdSSR als vorbildhaft gepriesen, galt alle Kritik den »imperialistisch-kapitalistischen Archiven«, besonders dem Bundesarchiv. Beispielsweise heißt es im Artikel eines Referenten der Hauptabteilung namens Günter Müller von 1974, mit Recht sei »unter der Bevölkerung der BRD der Eindruck verbreitet, daß Archive ein Instrument der Herrschenden« seien.⁴² Das sei durchaus für die »kapitalistisch-imperialistischen Archive in der BRD« richtig – keineswegs aber für die Archive in der DDR. Westdeutsche Archivare würden sich nämlich als »anti-ideologisch« bezeichnen.⁴³ Freilich würden sie nur »vortäuschen, frei von Weltanschauung und Ideologie« zu handeln. Gerade in ihrem Beharren auf historischen und konservatorischen Belangen, in ihrem Festhalten an eingefahrenen Strukturen würde sich zeigen, wie »konservativ, bürgerlich und in ihrem Klassenstandpunkt verhaftet« sie seien. Hans Booms' Kritik am Marxismus-Leninismus, den dieser als »Glaubenssatz und Spekulation« bezeichnete,⁴⁴ wurde entgegnet, dass es eben die wissenschaftliche Grundlage des sozialistischen Archivwesens der DDR sei, dem »ideologischen Klassenkampf« und der »führenden Rolle der Arbeiterklasse« zur Geltung zu verhelfen.⁴⁵ Archivare in der DDR hätten somit »parteilich« zu sein und »politische Wertungen« zu treffen. Hingegen wäre es für sie nicht nötig, eine »größtmögliche ›Subjektivitätsferne‹ vorzuspiegeln«. ⁴⁶ Sie stünden im »Dienst des werktätigen Volkes« und würden nicht wie Archivare »im Imperialismus zur Sicherung der Macht und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals [beitragen] und damit dem Interesse einer ausbeutenden Minderheit« dienen.⁴⁷ Insgesamt zeigt sich an diesen Debatten, dass

die gegenseitige Kritik zwischen ost- und westdeutschen Archivaren oft um Aspekte wie Wissenschaftlichkeit qua Objektivität kreiste. Man warf sich gegenseitig Ideologienähe und weltanschauliche Motive vor, wobei Archivare der DDR zugaben, dass jede archivarische Tätigkeit »parteilich« sei und sein müsste.

Diskursive (Kampf-)Praktiken der sozialistischen Archivwissenschaft

Es liegt nahe, dass ein solcher revolutionärer (Gegen-)Entwurf des sozialistischen Archivwesens der DDR mit den seit der Zeit um 1800 im Geheimen Preußischen Staatsarchiv üblichen Archiv-Praktiken-Sicherung, Bewertung und Auswertung von Archivalien und deren Überlieferung nach dem Provenienzprinzip⁴⁸ – zu brechen hatte. Diese Praktiken – so ist vielfach zu lesen – seien der »sozialistisch-revolutionären Umgestaltung und Weiterentwicklung« zu unterziehen.⁴⁹ Seit Juli 1950 durften Schriftstücke aus Behörden nur noch nach vorheriger Prüfung und Zustimmung von Referenten der Hauptabteilung Archivwesen vernichtet werden. Damit war zunächst die Entscheidung, was »überlieferungswürdig« sei und was nicht, der Einzelfallentscheidung eines Referenten zugeordnet. Das sollte aber nicht so bleiben.

Kassation

Seit Herbst fand sich auf Geheiß des Innenministeriums die *Forschergruppe Wertermittlung und Kassation* aus Mitarbeitern der Hauptabteilung und des Forschungsinstituts zusammen, um Richtlinien für die Kassation zu entwickeln – die Aussonderung und Vernichtung von Archivalien, die zum Zeitpunkt der Aktenübernahme oder durch nachträgliche Bestandsrevisionen in Archiven stattfinden konnte.⁵⁰ Als Ziel wurde die Schaffung von »von Ballast befreite[n] aussagekräftige[n] Bestände[n]« formuliert.⁵¹ Bereits 1964 konnten auf der Grundlage der Aktivitäten dieser Arbeitsgruppe die *Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze*⁵² und ein Jahr später die *Grundsätze der Wertermittlung und Kassation* in Archiven der DDR erlassen werden.⁵³

Hier und in zahlreichen Kommentaren ostdeutscher Archivare zur »sozialistischen Wertelehre« ist zu lesen, dass die »bürgerliche Wertelehre kapitalistisch-imperialistischer Archive besonders der BRD« die Bewertungsmaßstäbe der »herrschenden Klasse« fortschreibe.⁵⁴ Hiermit hätten Archivare der DDR gezielt zu brechen. Für ihre »Wertmaßstäbe« zur Kassation von Unterlagen seien »gesellschaftlich ideologische Voraussetzungen« grundlegend.⁵⁵ Vor allem sollten bei der Bestandsbildung inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden: Ein Archivar, der sich dem Kampf gegen die »Klasseninteressen der Bourgeoisie« verschreibe und gegen die »bürgerliche

Historiographie«⁵⁶ eintrete, habe besonderen Wert auf Unterlagen zu »gesellschaftlichen Umwälzungen« zu legen.⁵⁷ Die »Epoche der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen«, die »Periode des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus« und die »Geschichte der Arbeiterbewegung« seien daher besonders zu berücksichtigen.⁵⁸

Letzten Endes fand in der DDR keine umfangreiche Kassation historischer Aktenbestände statt. Wie in vielen anderen Bereichen auch blieb es bei der Formulierung von Handlungsanweisungen.

Neuordnung der Archivbestände

Ähnlich verhielt es sich mit der Neuordnung der Bestände: Das Provenienzprinzip als Ausdruck der Interessen »bürgerlicher Historiker« bilde, so ist beispielsweise in Kommentaren von Archivaren der DDR zu lesen, die Perspektive der regierenden Mächte ab, nämlich die Ordnung der Institutionen und Behörden, entsprechend der die Akten geordnet seien. Damit kämen die lange Zeit »unterdrückten Klassen« gar nicht zur Geltung.⁵⁹ Im Verlauf der 1960er Jahre sprachen sich Archivare auf ostdeutschen Tagungen zunehmend für eine Umstrukturierung des Archivfonds nach »Klassen oder Problemen des Klassenkampfes« aus.⁶⁰ Auch hier bezog man sich auf Anstöße aus der UdSSR. Dort hatte es bereits in den 1920er Jahren eine Diskussion über die Frage gegeben, ob das Provenienzprinzip Archiven »im Dienste der Arbeiter- und Bauernmacht« angemessen sein könnte.⁶¹ In einem 1967 in der DDR erschienenen Artikel des sowjetischen Archivwissenschaftlers Michael Petroskajov wurde diese Frage wieder aufgegriffen: Petroskajov schrieb, dass eine Ordnung von Archivbeständen nach ihrer Herkunft zum einen »positiv«, weil »historisch« sei, zum anderen aber auch »konservativ«, da sie das »bürgerliche Staatsprinzip« abbilde und damit stütze. Auch werde durch das Provenienzprinzip eine historische Auswertung nach »Klassenaspekten« – wie beispielsweise nach Strukturen des »Klassenkampfes« – erschwert.⁶² In Anbetracht solcher Ausführungen ist kaum zu bestreiten, dass man sich der Geschichtsträchtigkeit des Archivs bewusst war.

Mitte der 1970er Jahre ließ die Hauptabteilung Archivwesen jedoch verkünden, dass das Provenienzprinzip in Archiven der DDR nicht abgeschafft wird. Denn die Herkunft der Akten sei auch für sozialistische Forscher ein wichtiges »Wesensmerkmal«, eine Art Vorinformation für die marxistisch-leninistische Interpretation.⁶³ Ähnlich wie bei den Plänen zur Kassation hatte dies vermutlich auch technische Gründe. Denn die Umstrukturierung der riesigen Archivbestände hätte einen immensen logistischen und personellen Aufwand bedeutet. Man beschränkte sich auf Spezialinventare und Sondereditionen zu bestimmten Bereichen »gesellschaftlicher Umwälzungen«.

Auswertung als »Geschichtspropaganda«

Wie schon in der Debatte um das Provenienzprinzip sind auch hier die Grenzen zwischen Bestandsbildung und Auswertung fließend: Hier wie dort wurde in Verordnungen und Artikeln der zentrale Stellenwert der Archive für die »Geschichtspropaganda« hervorgehoben.⁶⁴ Besonders müsse die »Friedenspolitik der DDR im Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus« unterstützt werden.⁶⁵ So ließ beispielsweise zu Beginn des Jahres 1953 der Leiter der staatlichen Archivverwaltung der DDR Otto Meier allen leitenden Archivaren mitteilen, sie hätten durch das »Ausschöpfen und Nutzbarmachen von Geschichtsquellen« – kurzum durch die Auswertung ihrer Archivalien – einen Beitrag »im Kampf um Deutschland« zu leisten. Denn nur so könne dem »Volk der DDR der geschichtliche Sinn seiner kämpferischen Aufgaben deutlich« gemacht werden.⁶⁶

Heute zeugen zahlreiche Sonder-Bestandsverzeichnisse, Editionen und archivwissenschaftliche Standardwerke aus der DDR von der Umsetzung solcher Anweisungen.⁶⁷ Immer wieder finden sich in schmucker farbiger Reproduktion Gründungsdokumente der sozialistischen Internationale (Abb. 1).



Abb. 1: Glückwunschsreiben an August Bebel, in: Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, Farabbildung 6.

Die »Geschichtspropaganda« ostdeutscher Archivare wurde freilich nicht allein in den Dienst der sozialistischen Revolution im Inneren gestellt.⁶⁸ 1965 wurde verordnet, Archivare der DDR müssten sich auch durch »Bereitstellen entsprechender dokumentarischer Materialien [...] dem Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Kapitalismus« widmen.⁶⁹ Besonders hätten sie im Sinne der »Friedenspolitik der DDR« an einer »Dokumentation von Verbrechen der deutschen Imperialisten« mitzuwirken, die nicht zuletzt zur »Entlarvung von Kriegs- und Naziverbrechern in der BRD« beitragen müsse.⁷⁰ Die in Archiven der DDR und der UdSSR über das Deutsche Reich »verwahrten Dokumente« seien »eine besonders wirksame und scharfe Waffe in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus«. ⁷¹ Wichtige Ergebnisse der »Auswertungsarbeit« ostdeutscher Archive waren in diesem Zusammenhang das *Graubuch* und das *Braunbuch* – »Dokumentationen« über ehemalige Nationalsozialisten in Schlüsselstellungen der bundesdeutschen Gesellschaft. Mit diesen – mit, wie man heute weiß, zahlreichen Fälschungen versehenen – Publikationen, werde es gelingen, so verkündete die SED, die »Kontinuität des deutschen Imperialismus in der BRD« nachzuweisen⁷² und zur internationalen »Entlarvung von Naziverbrechern, Militaristen und Blutrichtern in Westdeutschland« beizutragen.⁷³

Vor diesem Hintergrund liegt auf der Hand, dass sich die Hauptabteilung Archivwesen kontinuierlich auch mit der Sicherung von Archivalien auseinandersetzte, was vor allem den Bereich Benutzung beinhaltete: Unbedingt, so ist vielfach zu lesen, sei »umfassende[r] Schutz vor einer missbräuchlichen Auswertung im Sinne des Klassengegners« zu gewährleisten.⁷⁴

Benutzerordnungen

In diesem Sinne heißt es in der 1976 aktualisierten Benutzerordnung für alle Staatsarchive der DDR, die »mißbräuchliche Benutzung zum Nachteil des sozialistischen Staates und seiner Bürger« sei unter allen Umständen auszuschließen.⁷⁵ Konkret bedeute dies, dass eine Benutzererlaubnis jederzeit ohne Ankündigung oder Begründung entzogen werden konnte.⁷⁶

Die ›Ritualisierung der Sprache‹ – vom Sinn und Zweck von Floskeln

Herbert Marcuse konstatiert in seinen 1964 veröffentlichten *Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft* für die »stalinistische und nachstalinistische Sprache« eine besonders auffällige Form von »Ritualisierung«. Darunter ver-

steht er den Gebrauch von Floskeln, Anredeformen oder Wiederholungen, dessen Hintergrund und Sinn sich nicht ohne weiteres auf der herkömmlichen semantischen Ebene der Worte erschließen lässt.⁷⁷

1980 knüpft Peter Christian Ludz mit einer »sprachpolitischen Analyse der Ideologiesprache der SED« an Marcuse an.⁷⁸ Ludz hält fest, dass besonders ›Sprachrituale‹ dazu dienen würden, Herrschaftsverhältnisse und Machthierarchien zu stiften, zu bestätigen und zu befestigen.⁷⁹ Weite Teile von Texten aus dem Umfeld von Behörden der DDR hätten somit mehr der Beziehungsgestaltung als der Informationsvermittlung gedient. Man ist erinnert an Victor Turners, Murray Edelmans und David Kertzers Thesen zu Ritualen als standardisierte, repetitive und symbolische Handlungen, die soziale Hierarchien verhandeln, Disharmonien und Konflikte überdecken und – zumindest symbolisch – Einheit stiften.⁸⁰ Anfang der 1990er Jahre entwickelt die Linguistin Ulla Fix Ludzs Ausführungen weiter: Sie nimmt den Sprachgebrauch in Behördentexten der DDR als »sozialhistorische Tatsache«⁸¹ in den Blick, und nicht wie Marcuse und Ludz vorrangig als Sonde für Hierarchie- oder Machtverhältnisse.⁸² Im Folgenden sollen nach Fix Sprachrituale als eigenständige sozialhistorische Ereignisse untersucht werden. Es ist kaum überraschend, dass auch in theoretischen Texten von Archivwissenschaftlern, in Gesetzen und Verordnungen zu Archiven in der DDR Redundanzen und Floskeln auffallen. Hier sind prototypisch die Elemente jener »sprachlichen Ritualisierung« festzustellen.

Erstens trifft auch für Texte zu Archiven die von Ralph Jessen für die Behördenprosa der DDR allgemein konstatierte »Entdifferenzierung von Sprachebenen«⁸³ zu: In traditionell festgelegten Archivterminologien ist die politisch-ideologische Sprache ebenso präsent wie das Verschwimmen der Grenzen von Bericht, Plan, Appell, Forderung und Befehl. Explizit wird auf die Ideologisierung der Archiv-Terminologie Bezug genommen. Diese habe – so heißt es ausdrücklich – vom »Standpunkt des Marxismus-Leninismus durchdrungen zu sein«. Nur so könne sie die Archivare auf den Weg bringen, dem »Frieden und dem Sozialismus« zu dienen.⁸⁴ Ziel müsse außerdem eine gemeinsame Sprache der Archivare aller sozialistischen Länder sein, die sich bewusst vom »Klassencharakter imperialistisch-kapitalistischer Archive« absetze.⁸⁵

Zweitens: Wie andere bei nach Planvorgaben strukturierten Entwicklungen bezogen sich diskursiv vermittelte Umgestaltungen auch des Archivwesens auf historische Ereignisse und Jahrestage – wie auf das Leninjahr 1970 und die runden Geburtstag der DDR. Nahezu jedem Jahrgang der *Archivmitteilungen* ist vorangestellt, wie man sich in Vorbereitung auf eines jener Ereignisse durch Vorantreiben der »revolutionären Umgestaltung« des Archivwesens zu rüsten gedenke. Eingebettet in die vorgeblich vorbildhaften Errungenschaften des Sozialismus erscheint die

diskursive Konstruktion der fortschreitenden Verwirklichung marxistisch-leninistischer Grundsätze im Archivwesen der DDR geradezu in eine unweigerliche Gesetzmäßigkeit eingegossen.

Die Einschreibung der Entwicklungen des Archivs in diese Gesetzmäßigkeit wird drittens dadurch gestärkt, dass Bekenntnisse und Stellungnahmen einzelner abgedruckt werden. So sind in den *Archivmitteilungen* die Ausführungen eines Kreisarchivars namens Siegfried Müller zum 25. Jahrestag der DDR zu lesen:

Der Staat, das sind wir, so heißt es in den Thesen des Nationalrats der Nationalen Front der DDR zum 25. Jahrestag der Gründung unserer Republik. Und das findet unsere volle Zustimmung, denn das ›Mitarbeiten – Mitplanen – Mitregieren‹ bestimmt unser tägliches Handeln. [...] Unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und im Bündnis mit den in der Nationalen Front vereinten Kräften haben wir in den vergangenen 25 Jahren große Erfolge erzielt. Wir werden ihnen weitere hinzufügen. [...] Meine Aufgaben als Archivar sehe ich dabei in der Sicherung und Erschließung des Archivgutes und in der Bereitstellung archivalischer Quellen für die gesellschaftliche Nutzung. Dabei gehe ich von dem Grundsatz aus: Wer sein Bestes gibt, den sozialistischen Staat zu stärken, gibt sein Bestes für sein eigenes sicheres, sinnerfülltes und glückliches Leben. Das ist auch das Hauptanliegen der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung unseres sozialistischen Staates. Dafür lohnt es sich zu arbeiten und zu kämpfen.⁸⁶

Das Individuum – so der Diskurs – geht auf im Kollektiv und leistet seinen Beitrag für die Allgemeinheit. Es sichert seine eigene Existenz und unterstreicht durch ein authentisches, aus »dem Volk gegriffenes« Bekenntnis die Richtigkeit des sozialistischen Entwicklungsweges der DDR.

Viertens werden auch in Texten zu ostdeutschen Archiven – wie in Behördenschriften der DDR generell – geradezu gebetsmühlenartig die »antifaschistisch-demokratische Ordnung« und das »Kampfprogramm der SED« beschworen.⁸⁷ Feststehende Formulierungen finden sich beispielsweise in den regelmäßig erscheinenden schablonenhaften *Rahmendokumentationsprofilen der staatlichen Archive*: Generell ist hier von der »wachsenden Bedeutung des sozialistischen Staates, der Entfaltung des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie« zu lesen wie auch von der »Entfaltung des bewussten Kampfes der Volksmassen unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse«.⁸⁸ Die Vorbildhaftigkeit des Archivwesens der UdSSR wird – wie oben gezeigt – immer wieder hervorgehoben.

Typische stilistische Formen (nicht nur) ostdeutscher Behördenschriften – wie Nominalisierungen (»Schaffung«, »Vervollkommnung«, »Erteilung«, »Entwicklung«, »Erhöhung«⁸⁹), die suggestive Verwendung von Verben und Substantiven, die Fortschritt und Entwicklung beanspruchen (»aktiv unterstützt«, »gewachsene Wirksamkeit«⁹⁰) und die sprachliche Ent-Subjektivierung der Handelnden (»die Mitarbeiter des staatlichen Archivwesens«)⁹¹ durchziehen fünftens nahezu jede Verordnung und Anordnung zu Archiven in der DDR.

Insgesamt sind solche Floskeln, Chiffren, Redundanzen und ›Ritualisierungen‹ Indizien für Strategien der Legitimitätsstiftung, der Vermittlung von Sicherheit und Gewissheit, der Inszenierung einer einvernehmlichen Gemeinschaft zwischen Befehlsempfängern und Befehlenden. Sie scheinen auch im Archivwesen der DDR der Affirmation von Hierarchien und der Bestätigung von Grenzziehungen – beispielsweise zwischen Archivaren vor Ort und Kadern der Hauptabteilung – gedient zu haben.

Programmablaufpläne

Von Kadern der Hauptabteilung wurde Mitte der 1970er Jahre die starke ›Ritualisierung‹ ostdeutscher Archiv-Verordnungen aber auch als hinderlich für deren Umsetzung in die Praxis beschrieben. Beispielsweise äußerten Ernst Müller und Heinz Welsch in den *Archivmitteilungen*, gerade bei der Darstellung der Ordnung und des vorgeschriebenen Ablaufs komplexer Arbeitsprozesse müsse man sich mehr um eine »redundanzfreie und leicht verständliche Form« bemühen.⁹² Müller und Welsch standen durchaus vor einem grundsätzlichen Dilemma. Einerseits hatte die Sprache der sozialistischen Archivwissenschaft durch ihre ideologische Imprägnierung »anti-imperialistisch und anti-kapitalistisch« zu sein, worauf immer wieder hinzuweisen war. Das ging zwangsläufig mit Wiederholungen, Redundanzen und Floskeln einher. Andererseits hatte man, wenn es um die revolutionäre Umgestaltung der Archive in der Praxis ging, unmissverständlich und allgemeinverbindlich Inhalte und klare Anweisungen zu kommunizieren.

Die Hauptabteilung erfindet als Ausweg aus dem Dilemma: *DDR-Standard TGL-22451, Informationsverarbeitung: Datenfluß- und Programmablaufpläne, Sinnbilder, Okt. 1967*.⁹³ Unter dieser Oberbezeichnung standen zunächst in der industriellen Produktion der DDR seit Mitte der 1960er Jahre erprobte Programmablaufpläne, die dem formulierten Anspruch nach mit Grafiken Arbeitsprozesse zu »standardisieren, intensivieren« und in deren Ergebnissen »sicherzustellen« hatten.⁹⁴

Auch die Hauptabteilung der Archive der DDR gab als Devise aus, dass die Programmablaufpläne die »Organisiertheit und damit das Niveau des Arbeitsvorgangs«

erhöhen sollten.⁹⁵ Mit allgemeinverständlichen Symbolen – wie Pfeilen – könne überdies »eine Art ›künstliche Sprache‹ im Sinne der Semiotik« entwickelt werden, die »auch eine Verständigung mit Archivaren anderer sozialistischer Staaten erleichtere«.⁹⁶ Aus der durchaus selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Redundanz, Komplexität und Inhaltsleere der Sprache des sozialistischen Archivwesens entstanden Kommunikationsstrukturen, die quasi semi-verbal stark auf Symbole setzten und in ihrer allgemeinen Verständlichkeit einen idealen Weg für Macht- und Steuerungsabsichten darstellten, die universell, standardisiert und exakt wirken sollten.

Gleichwohl stieß man auch hier an die Grenzen der sozialistischen Revolution. Es entstanden vor allem Programmablaufpläne, die schließlich den herkömmlichen Weg archivarischer Praktiken abbildeten. Wie bei dem hier gezeigten Plan (Abb. 2) wurden gerade nicht die Prämissen der sozialistischen Wertelehre visualisiert, wie beispielsweise deren Schwerpunktsetzung auf Archivalien zu gesellschaftlichen Umbrüchen.⁹⁷

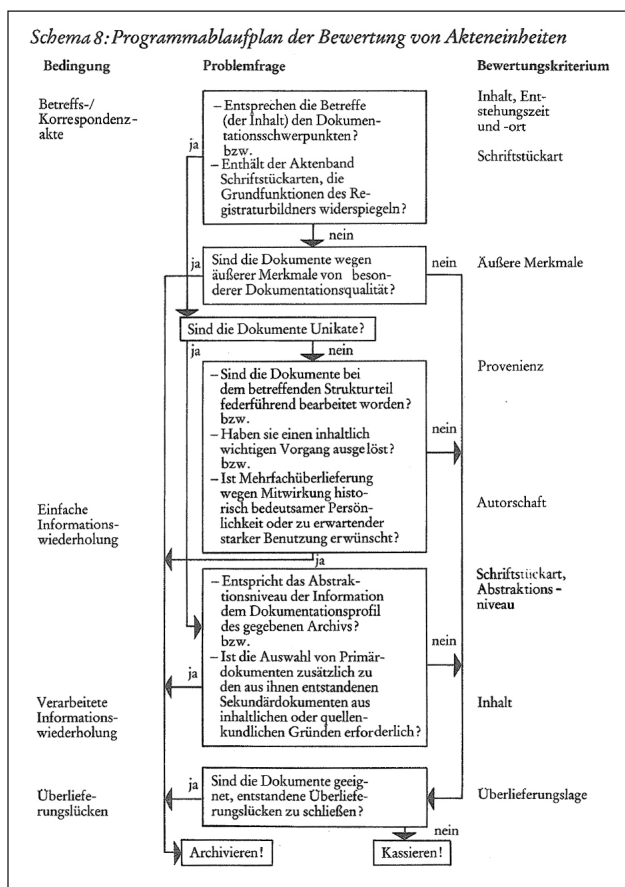


Abb. 2: Programmablaufplan der Bewertung von Akteneinheiten, Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 248, © Nachfolge VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

Das wird an der zentralen Stellung der Frage, ob die zu prüfenden Unterlagen »Unikate« seien, ganz deutlich: Dem klassischen Repertoire der Kassationslehre entspricht, dass auch Duplikate überliefert werden sollten, wenn eine starke Nachfrage zu erwarten ist oder eine »bedeutsame Persönlichkeit« im Zusammenhang mit den Dokumenten aufscheint.⁹⁸

Ob die Visualisierung vornehmlich herkömmlicher Archivpraktiken in den Programmablaufplänen nun technischen Ursachen oder bewussten Entscheidungen geschuldet war, bleibt dahingestellt. Festzustellen ist, dass sie den oben beschriebenen sprachlichen Verordnungen zu Kassation, Auswertung oder Benutzung insofern glich, als hier wie dort als effizient erachtete Strukturen zur Durchsetzung von Absichten entwickelt wurden, die nur wenig mit Inhalten der sozialistischen Archiv-Dogmatik gefüllt wurden.

Schlussbemerkung

Wirft man einen ersten Blick auf die auffälligsten »Spuren«, die historische Archive der DDR hinterließen – Streichungen und Umbenennungen auf Aktendeckeln und in Findbüchern sowie Archiv-Ordnungen –, dann wird deutlich: In der Archivpolitik der DDR erhoben die verantwortlichen Kader zwar revolutionäre Umgestaltungsansprüche und erklärten, sich vehement vom »imperialistisch-kapitalistischen« »Archiv« im anderen Deutschland abzusetzen; sie führten aber – wie bereits bei einer Betrachtung der diskursiven Ebene sich erschließt – maßgebliche Schritte (wie die Umgestaltung des Archivwesens durch Aufgabe des Provenienzprinzips oder die Kassation historischer Akten) nicht durch. Gründe dafür lagen wohl in dem immensen personellen und logistischen Aufwand, den solche Maßnahmen bedeutet hätten. Das sozialistische Archiv der DDR war bis zu seinem Ende ein ideologisch ausgefeiltes Programm, dessen grundsätzliche Inkompatibilität mit den Praktiken der Archivare bereits von den unmittelbar beteiligten Zeitgenossen gesehen wurde. Die sozialistische Archivrevolution scheiterte aufgrund ihrer mangelnden Praktikabilität, ohne dass es eines nennenswerten Widerstands seitens der Archivare bedurft hätte.

Betrachtet man »Sprachrituale« oder ausgefeilte symbolische Kommunikationsablaufpläne, dann zeigt sich, wie stark auch das Archivwesen der DDR als Teil der SED-Gesellschaft durchdrungen von Deutungshoheiten, Steuerungs- und Kontrollansprüchen war. Hier wie in den Behördenschriften der DDR generell bediente man sich der »Sprachrituale« zur Konstruktion ideologischer Felder und Hierarchien, die für sich genommen einen ganz signifikanten Teil des »Archivs« der DDR darstellen. Auch verweisen Programmablaufpläne auf besonders ausgefeilte Strategien, Instruktionen universell und standardisiert umzusetzen.

So war auf diskursiver Ebene während der ersten Jahrzehnte der DDR auch ein historischer Wandel der Absichtserklärungen und ideologischen Fragen zum Archivwesen festzustellen. Zunehmend wurde versucht, unterschiedlichste Inhalte zu integrieren, die durchaus nicht grundsätzlich auf sozialistische Werte festgeschrieben waren. Hierbei war die sozialistische Programmatik, oftmals implizit, internalisiert und wurde vorausgesetzt. Vermutlich gewannen Instruktionen auf diese Weise aus der Perspektive der Kader an Effizienz und Durchsetzungskraft. Solche Anweisungen zum Archiv sind damit weniger als doktrinär ausgeübte Macht, sondern eher als Versuche anzusehen, Handlungsoptionen bereitzustellen. Im diskursiven Wandel der Ordnungen der Archive – bis hin zu semi-verbale Ablaufschemata – wurde versucht, die Beziehung von Instruktion und Handeln zu intensivieren beziehungsweise erst einmal zu stiften. Die Aktivitäten der Archivare sollten letztendlich den praxisorientierten Handlungsablaufplänen voll und ganz unterworfen sein, sich auf die Techniken, nicht auf inhaltliche Entscheidungen konzentrieren. Viele Beispiele wie die Benutzerbeschränkungen oder die eingangs beschriebenen materiellen ›Spuren‹ belegen, dass spezifisch sozialistische Archivpraktiken in der DDR umgesetzt wurden. Ob dies unbedingt dem (auch ideologisch motivierten) ›Mitmachen‹ der Archivare zuzuschreiben ist, ist fraglich.

Um die Mechanik der Macht, die Verteilung der Kompetenzen in Archiven der DDR erschöpfend erforschen zu können, ist es kaum ausreichend, wie in diesem Aufsatz, lediglich materiellen ›Spuren‹ oder Verordnungen nachzugehen. Es sind beispielsweise außerdem Protokolle von Debatten, die hinter verschlossenen Türen geführt wurden, Personalakten oder eigene Aufzeichnungen einzelner Archivare heranzuziehen. Schließlich ist das ›Archiv‹ über das Archiv in all seiner Komplexität zu erforschen. Hier wird man kaum dem Dilemma entgehen, in das Historikerinnen und Historiker zwangsläufig geraten, wenn sie sich mit ›Archiven‹ näher befassen; dass sie nur dem folgen können, was das ›Archiv‹ über sich erzählt.

Doch schon die materiellen und diskursiven ›Spuren‹ der volkseigenen Akten in der DDR erzählen ganz nachdrücklich von der Intensität der Macht- und Herrschaftsausübung sozialistischer Kader im ›Archiv‹. Sie verweisen darauf, dass ›Archive‹ von Funktionären und Kadern zweifellos als grundlegend für die historische Legitimierung und für die Utopie der sozialistischen Gesellschaft angesehen wurden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Günter Müller, Zum Klassencharakter des Archivwesens der BRD, in: Archivmitteilungen 24 (1974), 126–131, hier 128 f. Die Forschungen für diesen Aufsatz konnte ich im Rahmen meiner Postdoktorandenzeit am Graduiertenkolleg der DFG 1049 *Archiv, Macht, Wissen* an der Universität Bielefeld durchführen. Für Anregungen habe ich besonders zu danken: Christiane Eifert, Dagmar Ellerbrock, Ingrid Gilcher-Holtey, Martina Kessel, Sandra Maß, Willibald Steinmetz und Mario Wimmer. Und nicht zuletzt möchte ich mich bei Philipp Müller für zahlreiche Hinweise und Anregungen bedanken.
- 2 Vgl. hierzu grundlegend: Michael Zimmermann, Quelle als Metapher. Überlegungen zur Historisierung einer historiographischen Selbstverständlichkeit, in: Historische Anthropologie 5 (1997), 268–287.
- 3 Vgl. Gustaaf J. Renier, *History, its Purpose and Method*, London 1950, 96–105; Carlo Ginzburg, Spurensicherung. Der Jäger entziffert die Fährte, Sherlock Holmes nimmt die Lupe, Freud liest Morelli, die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst [italienisch 1979], in: ders., *Spurensicherung. Die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst*, Berlin 1983, 7–57.
- 4 Vgl. zur Geschichtswissenschaft der DDR allgemein, wobei Archive in der Regel ausgeklammert bleiben: Jürgen Kocka, Hg., *Historische DDR-Forschung*, Berlin 1993; ders. u. Martin Sabrow, Hg., *Die DDR als Geschichte*, Berlin 1994; Konrad H. Jarausch, *Die DDR-Geschichtswissenschaft als »Meta-Erzählung«*, in: Martin Sabrow, Hg., *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation der DDR*, Leipzig 1997, 19–34; Georg Iggers u. a., Hg., *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem*, München 1998; Martin Sabrow, Hg., *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln 2000.
- 5 Vgl. George Kubler, *Die Form der Zeit. Anmerkungen zur Geschichte der Dinge* [englisch: 1962], Frankfurt am Main 1982. Vgl. als Überblick Bill Brown, *Thing Theory*, in: *Critical Inquiry* 28 (2001), 1–166.
- 6 Hier und im Folgenden wird von »Archiv« gesprochen, wenn ein weit gefasster Archiv-Begriff gemeint ist. Von Archiv ist hingegen die Rede, wenn Akten- und Urkundensammlungen bezeichnet werden. Wie Mario Wimmer mit Recht herausgestellt hat, verwenden Michel Foucault und Jacques Derrida den Begriff *archive* im Singular, der im modernen Französischen nicht gebräuchlich ist. Vgl. Michel Foucault, *Archéologie du savoir*, Paris 1969; Jacques Derrida, *Mal d'Archive*, Paris 1997; Mario Wimmer, *Archive, Akten, Zettelkästen*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 13 (2002), 150–154, hier 154, Anm. 17.
- 7 Müller, *Klassencharakter*, wie Anm. 1, 128 f.; vgl. Autorenkollektiv, *Deutsches Zentralarchiv 1946–1971*, Potsdam 1971, 42; Gerhard Exner, *Aufbau und Entwicklung des staatlichen Archivwesens der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens* 26 (1974), 162–168, hier 162.
- 8 Botho Brachmann, *Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs*, Bd. 8: *Filmbestände*. Rez., in: *Archivmitteilungen* 22 (1972), 157.
- 9 Müller, *Klassencharakter*, wie Anm. 1, 128. Hier Bezug auf Johannes Papritz, *Die archivische Titelaufnahme bei Sachakten*, Marburg 1967; Hildebrand Troll, *Methodik der Verkartung neuer Ministerialakten beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv München*, in: *Der Archivar* 17 (1964), 27 ff.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Vgl. Alf Lüdtkke, *Sprache und Herrschaft in der DDR*, in: ders. u. Peter Becker, Hg., *Akten, Eingaben, Schaufenster: Die DDR und ihre Texte*, Berlin 1997, 11–26. Matthias Judt, »Nur für den Dienstgebrauch« – Arbeiten mit Texten einer deutschen Diktatur, in: ebd., 29–38.
- 13 Eine Ausnahme ist Astrid M. Eckert, *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 2004. Es sei an dieser Stelle auf die im Jahr 2005 neu eingerichteten Graduiertenkollegs der DFG *Mediale Historiographien* in Weimar, Jena, Erfurt und *Archiv, Macht, Wissen* an der Universität Bielefeld verwiesen.
- 14 Vgl. Greg Denning, *A Poetic for Histories*, in: ders., *Performances*, Chicago 1996, 35–63, hier 43. Nicholas Dirks, *Annals of the Archives: Ethnographic Notes on the Sources of History*, in: Brian Keith Axel, Hg., *From the Margins. Historical Anthropology and its Futures*, Durham 2002, 47–65,

- hier 61; Dipesh Chakrabarty, *Romantic Archives: Literature and the Politics of Identity in Bengal*, in: *Critical Inquiry* 30 (2004), 654–683.
- 15 Vgl. Botho Brachmann, »Tua res agitur!« Außenansichten auf Archive und archivarisches Selbstverständnis, in: Klaus Oldenhege u. a., Hg., *Archiv und Geschichte*, Düsseldorf 2000, 17–38, hier 18.
 - 16 Thomas Osborne, *The Ordinarity of the Archive*, in: *History of the Human Sciences* 12 (1999), 51–64, hier 53.
 - 17 Vgl. Boris Groys, *Unter Verdacht. Eine Phänomenologie der Medien*, München 2000, 9.
 - 18 Vgl. Anthony Grafton, *The Footnote: A Curious History*, Cambridge 1997, 34–93; Bonnie G. Smith, *The Gender of History. Men, Women, and Historical Practice*, Cambridge 1998, 116–129; Zimmermann, Quelle, wie Anm. 2.
 - 19 Vgl. Karin Knorr-Cetina, *Die Fabrikation von Erkenntnis: zur Anthropologie der Naturwissenschaften*, Frankfurt am Main 2002.
 - 20 Vgl. Lorraine Daston, *Die unerschütterliche Praxis*, in: Rainer Maria Kiesow u. Dieter Simon, Hg., *Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit*, Frankfurt am Main 2000, 13–25; Peter Novick, *That Noble Dream. The »Objectivity Question« and the American Historical Profession*, Cambridge 1988; Lutz Raphael, *Die Erben von Bloch und Febvre. Annales-Geschichtsschreibung und »nouvelle histoire« in Frankreich 1945–1980*, Stuttgart 1994; Peter Schöttler, *Marc Bloch as a Critic of Historiographical Nationalism in the Interwar Years*, in: Stefan Berger u. a., Hg., *Writing National Histories. Western Europe since 1800*, London, New York 1999, 125–136.
 - 21 Vgl. Krzysztof Pomian, *Les Archives. Du Trésor des chartes au Caran*, in: Pierre Nora, Hg., *Lieux de mémoire*, Bd. III, Paris 1992, 163–233, hier 202.
 - 22 Vgl. Derrida, *Mal*, wie. Anm. 6, 11.
 - 23 Vgl. Michel Foucault, *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften* [französisch: 1966], Frankfurt am Main 1980.
 - 24 Vgl. Michel Foucault, *Archäologie des Wissens* [französisch: 1966], Frankfurt am Main 1981, 187 f.
 - 25 Vgl. Johann Christoph Gatterer, *Kurzer Begriff der Weltgeschichte in ihrem ganzen Umfange. Erster Theil*, von Adam bis Cyrus, ein Zeitraum von 3652 Jahren, Göttingen 1785. Vgl. Wimmer, *Archive*, wie Anm. 6, 150.
 - 26 Vgl. Wolfgang Ernst, *Das Rumoren der Archive. Ordnung aus Unordnung*, Berlin 2002; Anke te Heesen, *Die Geschichte einer Bildenzyklopädie aus dem 18. Jahrhundert*, Göttingen 2001; Markus Krajewski, *ZettelWirtschaft. Die Geburt der Kartei aus dem Geiste der Bibliothek*, Berlin 2002; Cornelia Vismann, *Akten. Medientechnik und Recht*, Frankfurt am Main 2000.
 - 27 Vgl. ähnlich Hedwig Pompe u. Leander Scholz, Hg., *Archivprozesse. Die Kommunikation der Aufbewahrung*, Köln 2002; Wolfgang Ernst, *Archival Action: The Archive as ROM and its Political Instrumentalization under National Socialism*, in: *History of the Human Sciences* 12 (1999), 13–34.
 - 28 Hier wird der Begriff »Mythos« nicht in Absetzung zu Wirklichkeit und Wahrheit verwendet, sondern, um emotional aufgeladene, den Anspruch auf kollektive Identitätsstiftung erhebende Diskurse zu beschreiben, die oftmals als Selbstdarstellungen fungieren. Der Wahrheitsgehalt solcher Deutungen steht hierbei nicht zur Debatte, sehr wohl aber zur Disposition.
 - 29 Friedrich P. Kahlenberg, *Deutsche Archive in West und Ost. Zur Entwicklung des Staatlichen Archivwesens seit 1945*, Düsseldorf 1972, 25.
 - 30 Exner, *Aufbau*, wie Anm. 7, 162.
 - 31 *Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates in Deutschland* 1 (1945), 8.
 - 32 Hierfür wurden eigene Institutionen wie das unter Verwaltung der USA stehende Berlin-Document-Center geschaffen.
 - 33 Vgl. entsprechende Ausführungen bei Kahlenberg, *Archive*, wie Anm. 29, 25 ff.
 - 34 Für Verstöße wurden Archivare persönlich – unter Androhung von Geldstrafen bis zu 150 Mark oder Haft bis zu sechs Wochen – zur Verantwortung gezogen. Vgl. *Verordnung über die Ablieferung von verlagerten oder verschleppten Aufzeichnungen, Akten und sonstigen Unterlagen aller Art vom 8. Juli 1950*, *Gesetzblatt der DDR*, in: *Archivmitteilungen* 1 (1951), 7 f.
 - 35 *Verordnung über das Archivwesen in der DDR vom 13. Juli 1950*, *Gesetzblatt der DDR*, in: ebd., 9 f.
 - 36 Vgl. *Theoretische Grundlagen der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft in der DDR*, Potsdam 1971. Weitere Publikationen in diesem Zusammenhang sind: *Grundfragen der Terminologie*

- der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft in der DDR, Potsdam 1969; Thesen zur Ausarbeitung einer marxistisch-leninistischen Terminologie in der DDR, Potsdam 1969; Terminologische Probleme der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft in der DDR, Potsdam 1970; Auswahlbibliographie Archivterminologie, in: Archivmitteilungen 20 (1970), 61 ff. Zum Überblick vgl. Eberhard Schetelich, Zum Erscheinen des Archivlexikons in der DDR, in: Archivmitteilungen 26 (1976), 66 f.
- 37 Vgl. Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Inneren der DDR, Hg., Lexikon Archivwesen der DDR, Berlin (Ost) 1976.
- 38 Vgl. Botho Brachmann, Archivwesen der Deutschen Demokratischen Republik. Theorie und Praxis, Berlin (Ost) 1984.
- 39 Vgl. Archivhauptverwaltung, Hg., Grundregeln der Arbeit der staatlichen Archive [in der UdSSR], Berlin 1963; Brachmann, Archivwesen, wie: Anm. 38, 137.
- 40 Verordnung über das staatliche Archivwesen in der DDR vom 17. Juni 1965, in: Gesetzblatt der DDR, in: Archivmitteilungen 15 (1965), 163 ff.
- 41 Ebd. Vgl. Verordnung über die Ablieferung von verlagerten oder verschleppten Aufzeichnungen, Akten und sonstigen Unterlagen aller Art vom 8. Juli 1950, Gesetzblatt der DDR., in: ebd., 7 f.
- 42 Müller, Klassencharakter, wie Anm. 1, 127. Bezug auf Hans Booms, Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung, in: Archivalische Zeitschrift 69 (1972), 20.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 15.
- 46 Ebd. 128. Vgl. Elisabeth Brachmann-Teubner u. a., Zentrales Staatsarchiv 1949–1974, in: Archivmitteilungen 24 (1974), 169–174, hier 169.
- 47 Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 17.
- 48 Vgl. Vismann, Akten, wie Anm. 26, 242–266.
- 49 Vgl. auch Müller, Klassencharakter, wie Anm. 1.
- 50 In Anlehnung an das Archivwesen der UdSSR sollten die verzeichneten Bestände der Archive der DDR einer alljährlichen Revisionsrunde mit entsprechenden Kassationen unterzogen werden. Eine solche Revision gab es bis zum Ende der DDR in historischen Archiven nicht. Vgl. Ernst Müller u. Heinz Welsch, Zur Bestandsrevision im staatlichen Archivwesen, in: Archivmitteilungen 28 (1978), 134–139.
- 51 Günter Müller, Fragen der Wertermittlung und Kassation, in: Archivmitteilungen 14 (1964), 192–197, hier 192.
- 52 Vgl. Archivhauptverwaltung, Hg., Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1964.
- 53 Vgl. Archivhauptverwaltung, Hg., Grundsätze der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der sozialistischen Epoche in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1965.
- 54 Lexikon Archivwesen, wie: Anm. 37, 94 f. Vgl. Hans-Joachim Schreckenbach, Einige Bemerkungen zur bürgerlichen Wertelehre, in: Archivmitteilungen 27 (1977), 130 ff.
- 55 Ebd. 132.
- 56 Lexikon Archivwesen, wie: Anm. 37, 94 f.
- 57 Staatliche Archivverwaltung, Hg., Grundsätze der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der sozialistischen Epoche in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1965, §§ 43 f.
- 58 Brachmann, Archivwesen, wie: Anm. 38, 374.
- 59 Ein Anlass dieser Kritik ist das *Kompodium zur bürgerlichen Archivlehre*, vgl. Adolf Brenneke u. Wolfgang Leesch, Archivkunde, Leipzig 1953; Berent Schwineköper, Zur Geschichte des Provenienzprinzips, in: Forschungen aus mitteldeutschen Archiven, Berlin 1953 (Ost), 48–55.
- 60 Helmut Lötze u. Manfred Unger, Das Provenienzprinzip als wissenschaftlicher Grundsatz der Bestandsbildung, Teil 2, in: Archivmitteilungen 26 (1976), 82–89, hier 84.
- 61 Ebd., 82.
- 62 Michael F. Petrovskajov, Die Bestimmung des Begriffs »Archivbestand« und seiner Grenzen in der sowjetischen Archivwissenschaft und die Bildung vereinigter Archivbestände, in: Informationsdienst

- der Staatlichen Archivverwaltung 11 (1967), 37–62, hier 40. Vgl. Jürgen Lehmann, Zum Verhältnis von Provenienzprinzip und Historischem Prinzip, in: Archivmitteilungen 18 (1968), 226 ff.
- 63 Ebd., 85. Vgl. Staatliche Archivverwaltung Hg., Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der DDR, Berlin (Ost) 1964, 26 ff. u. 57 ff.; Helmut Lötzke, Moderne Ordnungsmethoden für das zeitgenössische Schriftgut, in: Archivum 14 (1968), 86 ff.; ders., Begründungen und Erläuterungen zu den Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätzen, in: Archivmitteilungen 16 (1966), 126 ff.
- 64 Vgl. Friedrich Beck, Archiv und Geschichtspropaganda, in: Archivmitteilungen 2 (1974), 66 ff.
- 65 Exner, Aufbau, wie Anm. 7, 162.
- 66 Otto Meier, Die Aufgaben der Archive, in: Archivmitteilungen 3 (1953), 1 f.
- 67 Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38.
- 68 Vgl. zur Herrschaftslegitimation durch Geschichtspropaganda in der DDR allgemein Martin Sabrow, Auf der Suche nach dem materialistischen Meisterton. Bauformen einer nationalen Gegenerzählung in der DDR, in: ders. u. Konrad Jarausch, Hg., Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, 33–77.
- 69 Verordnung über das staatliche Archivwesen in der DDR vom 17. Juni 1965, in: Gesetzblatt der DDR, in: Archivmitteilungen 15 (1965), 163 ff.
- 70 Exner, Archivwesen, wie Anm. 7, 168.
- 71 Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 15.
- 72 Vgl. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands und Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Hg., Braunschweig: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Berlin (Ost) 1965; ders., Hg., Graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1967. Vgl. Exner, Archivwesen, wie Anm. 7, 162.
- 73 Vgl. Wolfgang Leesch, Zur Entwicklung des mitteldeutschen Archivwesens, in: Der Archivar 18 (1965), 345–372, hier 371.
- 74 Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 267; vgl. Lexikon Archivwesen, wie Anm. 37, 83.
- 75 Benutzerordnung für staatliche Archive der DDR vom 19. März 1976, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, hg. vom Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, Nr. 10, Berlin (Ost) 1976, 172.
- 76 Vgl. Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 392.
- 77 Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied 1967 (1964), 120 ff.
- 78 Vgl. Peter Christian Ludz, Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR, München 1980, 157 f.
- 79 Vgl. beispielsweise: Ralph Jessen, Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von »Bürokratie« und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Lüdtke u. Becker, Hg., Akten, wie Anm. 12, 57–75, hier 58.
- 80 Vgl. Victor Turner, Symbols in African Ritual, in: Janet L. Dolgin u. a., Hg., Symbolic Anthropology. A Reader in the Study of Symbols and Meanings, New York 1977, 183–194, hier 183; Victor Turner, The Ritual Process. Structure and anti-Structure, Chicago 1969, 94–97, 125–130; Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns [1964/1971], Frankfurt/M. 1976; David I. Kertzer, Ritual, Politics, and Power, New Haven 1988, 57–76.
- 81 Lucian Hölscher, Wie begrenzt ist die Sozialgeschichte? Diskutiert am Beispiel des Industrialisierungsdiskurses, in: Manfred Hettling u. a., Hg., Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, FS Hans-Ulrich Wehler, München 1991, 312–322, hier 313.
- 82 Vgl. Ulla Fix, Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände. Möglichkeiten und Grenzen der selbstbestimmten und mitbestimmten Kommunikation in der DDR, in: Gotthard Lerchner, Hg., Sprachgebrauch und Wandel. Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende, Frankfurt am Main 1992, 3–99. In Anlehnung an Fix fragt beispielsweise Ralph Jessen nach dem Verhältnis von SED-Herrschaftsbeziehungen und Sprache, die aufeinander rückwirken und sich wechselseitig bedingen würden; vgl. Jessen, Herrschaft, wie Anm. 79, 59.

- 83 Ebd., 61 f.
- 84 Elisabeth Brachmann, 40 Jahre Zentrales Staatsarchiv – Archivarbeit im Dienste des Friedens und des Sozialismus, in: Archivmitteilungen 36 (1986), 44–51; Eberhard Schetelich, Zur Terminologie der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft in der DDR, in: Archivmitteilungen 20 (1970), 61 ff.
- 85 Lexikon Archivwesen, wie: Anm. 37, 1 ff.
- 86 Siegfried Müller, 25 Jahre DDR – Erinnerungen eines Kreisarchivars, in: Archivmitteilungen 24 (1974), 200.
- 87 Vgl. Jessen, Herrschaft, wie Anm. 79, 60.
- 88 Elisabeth Brachmann-Teubner, Das Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945–1982, in: Archivmitteilungen 35 (1985), 24 ff., hier 25.
- 89 Jürgen Rickmers u. Waldemar Schupp, Die Aus- und Weiterbildung der Archivare in der DDR, in: Archivmitteilungen 24 (1974), 201–208, hier 201; Ernst Müller u. Heinz Welsch, Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Archiv, in: Archivmitteilungen 26 (1976), 27 f., hier 27.
- 90 Gerhard Exner, Mit Tatkraft dem IX. Parteitag der SED entgegen, in: Archivmitteilungen 26 (1976), 1 f.
- 91 Der IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Aufgaben des staatlichen Archivwesens, in: Archivmitteilungen 26 (1976), 121 f., hier 121.
- 92 Ernst Müller u. Heinz Welsch, Zur Programmierung des Bewertungsverfahrens, in: Archivmitteilungen 24 (1974), 6–10, hier 7 f.
- 93 Ebd., 9.
- 94 Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 248.
- 95 Vgl. Müller u. Welsch, Programmierung, wie Anm. 92.
- 96 Ebd.
- 97 Vgl. Brachmann, Archivwesen, wie Anm. 38, 374.
- 98 Vgl. ebd., 248. Sozialistisch revolutionär wäre beispielsweise eine explizite Beschränkung dieser Persönlichkeiten auf Personen der Arbeiterbewegung.